

## **„Volksstimme Bürgerbündnis Zwickau“ vom LfV Sachsen als erwiesene extremistische Bestrebung eingestuft**

*Das Landesamt für Verfassungsschutz (LfV) Sachsen stuft den Personenzusammenschluss „Volksstimme Bürgerbündnis Zwickau“ (VBZ) ab sofort als erwiesene extremistische Bestrebung im Phänomenbereich „Verfassungsschutzrelevante Delegitimierung des Staates“ ein.*

*Es liegen hinreichend verdichtete tatsächliche Anhaltspunkte dafür vor, dass das VBZ darauf abzielt, wesentliche Elemente der freiheitlichen demokratischen Grundordnung, wie das Demokratie- und Rechtsstaatsprinzip, zu beseitigen. Darüber hinaus spricht die VBZ, dem das LfV Sachsen aktuell ein Personenpotenzial im oberen einstelligen Bereich zurechnet, politischen Entscheidungsträgern die Menschenwürde ab.*

*„Das Bürgerbündnis stilisiert die staatlichen Entscheidungsträger zum klaren Feindbild und überschreitet damit die in der politischen Auseinandersetzung zulässigen ‚roten Linien‘. Seine Anhänger lehnen zudem die in der Verfassung angelegten politischen Willens- und Entscheidungsfindungsprozesse grundlegend ab. Mit diesen Verhaltensweisen soll das Vertrauen der Bürger in den Staat und seine demokratischen Institutionen elementar erschüttert werden“, erläuterte LfV-Präsident Dirk-Martin Christian das Prüfergebnis des Nachrichtendienstes. „Soweit die VBZ auf ihren Protestveranstaltungen demokratisch legitimierte Entscheidungsträger massiv diffamiert und staatliche Institutionen wie Legislative, Exekutive und Judikative verächtlich macht, bewegt sie sich bereits außerhalb der freiheitlichen demokratischen Grundordnung unseres Grundgesetzes. Sie verbreitet auf den wöchentlichen Montagsdemonstrationen Thesen und Narrative, die für den Phänomenbereich ‚Verfassungsschutzrelevante Delegitimierung des Staates‘ typisch sind.“*

*Das Bündnis besetzt insbesondere die Themen Energiepolitik, Frieden und Waffenlieferungen sowie Migration und stützt sich in der öffentlichen Argumentation auf Verschwörungstheorien. Wöchentlich nehmen konstant zwischen 150 und 300 Personen an den Protesten in Zwickau teil.*

*Die Redner attestieren den demokratisch gewählten Regierungsmitgliedern ein grundlegendes Versagen und unterstellen ihnen „böse“, gegen das eigene Volk gerichtete Absichten. Die VBZ ruft die Protestteilnehmer zu Selbstjustiz, aktivem Widerstand und Bestrafung der Politiker auf, denen sie eine rechtswidrige Amtsführung pauschal unterstellt. So forderte einer der führenden Köpfe der VBZ in einer Rede im November 2022, dass die „Täter und deren Helfershelfer zur Rechenschaft gezogen werden müssten“. Auf zweideutige und emotionalisierende Art und Weise rief er dazu auf, sie zu hängen und mit dem Gesicht zur Wand zu stellen. Äußerungen wie diese bringen die grundsätzliche Ablehnung der parlamentarisch-repräsentativen Demokratie sowie des Rechtsstaates zum Ausdruck, sprechen Politikern die demokratische Legitimation ab und entrechtlichen sie. Mit dieser verfassungsfeindlichen Agenda nährt das VBZ unter Umständen Umsturzphantasien bei Protestteilnehmern.*

*„Als Frühwarnsystem ist es unsere Pflicht, die Öffentlichkeit über extremistische Bestrebungen wie die VBZ zu informieren und davor zu warnen, dass aus Worten Taten werden können. Wir beobachten zudem den engen Schulterschluss zwischen der VBZ und der rechtsextremistischen Partei ‚Freie Sachsen‘. Es steht für das LfV außer Frage, dass beide Bestrebungen kooperieren. So traten wiederholt namhafte Funktionäre der ‚Freien Sachsen‘ bei den Versammlungen der VBZ als Redner auf. Eine Führungsperson der VBZ fungiert gleichzeitig als Vorstandsmitglied bei den ‚Freien Sachsen‘. Beide extremistische Gruppierungen wollen mit ihren wöchentlichen Protesten zu austauschbaren Themen mit entsprechendem Empörungspotenzial dauerhafte politische und gesellschaftliche Veränderungen herbeiführen, die letztlich auf eine Überwindung der bestehenden verfassungsmäßigen Ordnung hinauslaufen“, sagte LfV-Präsident Christian. „Es besorgt mich, dass im Zuge der Corona-Proteste die Grenzen des Sagbaren stetig erweitert wurden, Hemmschwellen gefallen sind und der Extremismus die Mitte der Gesellschaft erreicht hat“, so Christian.*

Weitere Informationen zum Phänomenbereich „Verfassungsschutzrelevante Delegitimierung des Staates“, der im April 2021 vom Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) eingerichtet wurde, finden Sie im Internet unter [www.verfassungsschutz.sachsen.de](http://www.verfassungsschutz.sachsen.de)